



Verkehrsausschuss

37. Sitzung (öffentlich)

20. November 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:55 Uhr

Vorsitz: Thomas Nüchel (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung

Der Ausschuss beschließt, den bisherigen Tagesordnungspunkt 5 „Volksinitiative gemäß Artikel 67a der Landesverfassung, Volksinitiative Aufbruch Fahrrad“, als Tagesordnungspunkt 1 zu beraten.

1 Volksinitiative gemäß Artikel 67a der Landesverfassung „Volksinitiative Aufbruch Fahrrad“

6

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/7316

Ausschussprotokoll 17/762

Zuschrift 17/349

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, dem Anliegen der Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ zu folgen.

2 Zukunft des Flughafens Düsseldorf und Lärmschutz der Anwohner in Einklang bringen – Mobilitätsbedürfnisse der Bürger dauerhaft sichern – Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze ermöglichen 10

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7363

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

3 Fünftes Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes 12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7547

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf anzunehmen.

4 Klimaschutz und Verkehrswende brauchen mehr als Sonntagsreden: Landesweites und kostenloses Ticket für Kinder und Jugendliche für Nordrhein-Westfalen! 14

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6591

Ausschussprotokoll 17/778

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag auf seine Sitzung im Januar zu verschieben.

5	Änderung der ÖPNV-Pauschalen-Verordnung	15
----------	--	-----------

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/7891

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2717

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

Der Ausschuss stellt einstimmig sein Einvernehmen fest.

6	Verschiedenes	16
----------	----------------------	-----------

- Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag der Obleute für eine Europareise bei drei Enthaltungen der CDU-Fraktion ansonsten einstimmig zu.

* * *

2 Zukunft des Flughafens Düsseldorf und Lärmschutz der Anwohner in Einklang bringen – Mobilitätsbedürfnisse der Bürger dauerhaft sichern – Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze ermöglichen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7363

(Der Antrag wurde nach Beratung am 20.09.2019 an den Verkehrsausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Nic Peter Vogel (AfD) führt aus, der Flughafen Düsseldorf biete als größter Arbeitgeber in der gesamten Region 21.600 Arbeitsplätze sowie 56.000 weitere in der Region. Sein Jahresüberschuss habe 2018 57,7 Millionen Euro betragen, von denen 44 Millionen Euro an die Gesellschafter gegangen seien, mithin 22 Millionen Euro an die Stadt Düsseldorf. Das Steueraufkommen des Flughafens habe bei 26,5 Millionen Euro gelegen.

Seit dem Angerlandvergleich im Jahr 1965 hätten sich die Flugbewegungen verdreifacht und die Zahl der Fluggäste verdreizehnfacht. Mit Blick auf die Lärmteppiche sei die Belastung der Anwohner gesunken, wobei die meisten die Verspätungen in der Nacht störten, da sie tagsüber einen gewissen Geräuschpegel ausblenden könnten. Seine Fraktion wolle keine Starts und Landungen von 21:00 bis 7:00 Uhr für Flugzeugtypen der Lärmklassen 7 und 8 sowie eine moderate Erhöhung der Lärmzuschläge, um auszuprobieren, ob sie zu einem Erfolg führten.

Über eine neue Betriebsgenehmigung könnte man Kapazitätsengpässe abbauen. Dabei wolle man keinesfalls den Angerlandvergleich aufkündigen, der nach einer Entscheidung des OVG Münster weder ausdrücklich noch sinngemäß die Anzahl der Flugbewegungen begrenze, sondern lediglich Bedingungen für die Mitbenutzung der Parallelbahn beschreibe. Insofern fordere seine Fraktion eine mittelfristige Prüfung der Weiterentwicklung der Betriebsgenehmigung in Zusammenarbeit mit dem Flughafen Düsseldorf unter Berücksichtigung und Änderung des Angerlandvergleichs.

Die Nachfrage an Slots übersteige ihr Volumen schon seit vielen Jahren; so hätten in der Flugplanperiode im Sommer 2019 alleine 33.000 Slots zurückgewiesen werden müssen. Dabei führten 1 Million mehr Passagiere zu ungefähr 1.000 neuen Jobs sowie zu 2.000 weiteren in der Region, sodass man auch diesen Aspekt berücksichtigen müsse. Dabei müsse man den Anliegen der direkt Betroffenen natürlich Rechnung tragen. Auch mache es wenig Sinn, nicht mehr von Düsseldorf aus nach Peking und Hongkong fliegen zu können, sondern nach Frankfurt oder in die Niederlande ausweichen zu müssen.

Abschließend beantragt er eine Anhörung.

Carsten Löcker (SPD) stellt fest, auf der einen Seite fordere die AfD-Fraktion die Ausweitung des Luftverkehrs, halte sich aber auf der anderen Seite bei den Lärmauswirkungen zurück. Selbstverständlich brauche man für die weitere Entwicklung des Flughafens den angekündigten Planfeststellungsbeschluss.

Olaf Lehne (CDU) unterstreicht die Unantastbarkeit des Angerlandvergleichs. Die AfD wolle den Angerlandvergleich und damit den Schutz der Bürger antasten. Sodann weist er darauf hin, beim Antrag habe die AfD-Fraktion schlicht von der Homepage des Flughafens abgeschrieben; es sei also hinlänglich bekannt. Der Flughafenstelle durchaus berechnete Forderungen, die man im Verfahren prüfen müsse.

Nic Peter Vogel (AfD) teilt mit, seine Fraktion habe die Zusage des Flughafens bekommen, zusätzlich 20 Millionen Euro in den Schallschutz zu investieren, was er als gute Grundlage bezeichnet.

Man wolle nicht den Angerlandvergleich antasten, sondern seine Möglichkeiten durch eine mit Augenmaß gemachte Betriebsgenehmigung auszuschöpfen.

Er widerspricht, man habe die Forderungen des Flughafens mitnichten eins zu eins in den Antrag übernommen; gebe es doch bei einigen Forderungen überhaupt keinen Konsens.

Johannes Remmel (GRÜNE) schließt sich Olaf Lehne und Carsten Löcker an.

Olaf Lehne (CDU) weist darauf hin, der Flughafen stelle mitnichten Geld als Folge einer Forderung der AfD-Fraktion zur Verfügung. Zudem wolle sie in ihrem Antrag eine grundlegende Änderung des Angerlandvergleichs berücksichtigen, was die Anwohner vor Ort und in der Umgebung des Flughafens ganz klar ablehnten.

Nic Peter Vogel (AfD) widerspricht, „grundlegend“ könne auch bedeuten, mit kleinen Änderungen einen grundlegenden Mehrwert zu schaffen. Dass seine Fraktion den Angerlandvergleich aufkündigen wolle, bezeichnet er als „Blödsinn“.

Der Flughafen biete an, 20 Millionen Euro zusätzlich in den Lärmschutz zu investieren, was seine Fraktion als Grundlage betrachte.

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.